

## Etappen historischer Angestelltenforschung

in Deutschland 1900 - 1960<sup>1</sup>

von Michael Prinz

Das Motto der Tagung - "Arbeiter", "Angestellte", Begriffe der Vergangenheit!? - legt nahe, zuerst einen Historiker zu Wort kommen zu lassen. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es scheint. Würde diese Tagung in einem anderen westeuropäischen Land stattfinden, wäre es höchstwahrscheinlich sehr viel schwieriger als hierzulande, einen Vertreter der Geschichtswissenschaft zu finden, der mit dem Begriff "Angestellter" eine relativ genaue Vorstellung verbinden und - wie ich es im folgenden tun möchte - über eine eigene Forschungstradition berichten könnte. Eine eigenständige Angestelltensoziologie und eine besondere Angestelltengeschichtsschreibung sind eine deutsche Spezialität.

Spiegelt sich darin auch eine entsprechende historische Realität? Und wenn ja, wie war sie beschaffen? Ich will versuchen, innerhalb der nächsten halben Stunde zu berichten, wie die historische Forschung sich zu diesen Fragen stellt, und welche - durchaus nicht einheitlichen und übereinstimmenden - Antworten sie darauf in den letzten zwanzig Jahren gegeben hat. Bevor ich damit beginne, möchte ich noch auf einen Aspekt der Angestelltengeschichte hinweisen, der die Historiker besonders interessiert, ja das historische Interesse an dieser Gruppe ursprünglich sogar begründet hat.

In der **Soziologie** war das Interesse an den Angestellten von je her zunächst einmal systematisch-theoretischer Art. Seit ihrer Entstehung und Herausbildung als Massenschichten galten die Angestellten mit ihren spezifischen Verhaltensweisen und ihrer besonderen Mentalität als Herausforderung für die systematische Gesellschaftstheorie. Besonders herausgefordert sah sich dabei jener von Marx her kommende und in Deutschland besonders starke Zweig der Gesellschaftswissenschaft. Obwohl Angestellte als abhängig Beschäftigte mit den Arbeitern die Klassenlage teilten, gab

---

<sup>1</sup> Vortrag zur Tagung "Arbeiter", "Angestellte" - Begriffe der Vergangenheit!? Von der Werkstattproduktion zum Fordismus, von der schlanken Produktion zum virtuellen Unternehmen Hattingen 30.5. - 1. 6. 1994.

es doch offenkundige Unterschiede in der Mentalität und den gewerkschaftlichen Einstellungen gegenüber der industriellen Arbeiterschaft.

Bei den **Historikern** machte sich das Interesse an dieser Gruppe dagegen vor allem an politischen Einstellungsunterschieden fest, und zwar insbesondere an der besonderen Rolle, die den Angestellten innerhalb der Anhängerschaft des Nationalsozialismus zugeschrieben wurde. Anknüpfend an Urteile der Zeitgenossen, für die außer Frage stand, daß große Teile der Angestellten unter dem Druck der Wirtschaftskrise im Unterschied zu den Arbeitern zu den Fahnen des Nationalsozialismus strömten, hat sich die Geschichtswissenschaft nach 1930 vor allem für Fragen der Ideologie der Angestellten und ihre Affinität zu antisemitischen und extrem nationalistischen Ideen interessiert.

Wie sich diese Urteile entwickelt haben, was von ihnen inzwischen noch haltbar erscheint und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, will ich ihnen im folgenden, orientiert am Gang der Forschung seit Ende der sechziger Jahre, näher schildern.

\*

Die neuere historische Angestelltenforschung in Deutschland wurde maßgeblich von einer 1969 erschienen Studie aus der Feder des Berliner Sozialhistorikers Jürgen Kocka beeinflusst. Dieses imponierende Buch war im Kern eine Studie über die Entstehung einer modernen Angestelltenschaft bei Siemens, und zwar von den Anfängen des Unternehmens 1847 bis zum Ersten Weltkrieg. Der Autor verarbeitete über Archivmaterial hinaus in großem Umfang soziologische Literatur, darunter insbesondere auch eine frühe, vor dem Ersten Weltkrieg entstandene Pionierstudie des sozialdemokratischen Nationalökonomem Emil Lederer über die "Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung".

Die genannte Arbeit geht von objektiven und institutionellen, im Arbeitsprozeß und der innerbetrieblichen Sozialpolitik verankerten Unterschieden zwischen Arbeitern und Angestellten aus, von denen einige im Laufe der Unternehmensentwicklung verblaßten, während andere, die Mehrheit, sich bis zum Ersten Weltkrieg erhielten. Ich nenne einige solcher Unterschiede ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wobei ich mich ergänzend zu Kocka auf eine ganze Reihe inzwischen durchgeführter Betriebsstudien von Großunternehmen stützen kann.

Da waren zunächst und vor allem Form und Kriterien der Bezahlung. Im Unterschied zur Arbeiterschaft, ähnlich wie die Staatsbeamten, bezog die große Mehrheit der Angestellten ihr Einkommen in der Form eines monatlichen Fixums, welches in der Regel nicht an eine bestimmte Arbeitszeit oder genau bestimmte Arbeitsleistung gebunden war. Überstundenbezahlung war vor dem Ersten Weltkrieg weder im Handel noch in der Industrie für diese Arbeitnehmergruppe üblich und wurde auch nicht allgemein von den Verbänden gefordert.

Der Zusammenhang zwischen einer bestimmten Arbeitsleistung und der Höhe der Bezahlung wurde bei den Angestellten auch dadurch weitgehend gelockert, daß zumindest in der Industrie Anciennitätskriterien bei der Gehaltsfestsetzung beachtet wurden. Anlog zur Situation öffentlicher Beamter konnte der durchschnittliche Angestellte der Vorkriegszeit mit zunehmendem Alter auch mit einem allmählich steigenden Einkommen rechnen. Der für die Arbeiterschaft typische Abfall der Lebensverdienstkurve im vierten Lebensjahrzehnt hatte bei den Angestellten keine Entsprechung.

Die Bedeutung dieses Unterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten für Konsumverhalten und Lebenschancen beider Gruppen ist kaum zu überschätzen. Die gesamte Lebensführung eines Angestellten ruhte auf anderen, sicherer Fundamenten als die eines Arbeiters. Gehaltsform und Anciennitätsprinzip verliehen der Angestellten-Existenz ein Moment der Berechenbarkeit und Sicherheit, die der Lebensführung der meisten Industriearbeiter mit von Woche zu Woche schwankenden Einnahmen abgingen.

Die Scheidung von Lohn- und Gehaltsempfängern erfuhr ein Angestellter resp. Arbeiter oft schon beim Eintritt in ein "Etablissement", wie es damals hieß. Die Einstellung eines Angestellten vollzog sich im Unterschied zum Eintritt des Arbeiters in die Fabrik in der Regel mit der Aushändigung eines individuellen Dienstvertrages in einem besonderen Büro. Voraussetzung für seine Einstellung bildeten nicht selten persönliche Empfehlungsschreiben mit Hinweisen auf Eigenschaften wie Vertrauenswürdigkeit, Pflichteiher und Pünktlichkeit. Ärztliche Einstellungsuntersuchungen, wie sie sich für wachsende Teile der Fabrikarbeiterschaft schon vor dem Ersten Weltkrieg durchzusetzen begannen, kamen beim Eintritt eines Angestellten in ein Beschäftigungsverhältnis praktisch nicht vor. Die Sonderstellung gegenüber der Arbeiterschaft blieb für viele Angestellten, so die Ergebnisse der Forschung, auch im betrieblichen Alltag auf Schritt und Tritt erfahrbar: in der unterschiedlichen, im Falle der

Angestellten großzügigeren und weniger rigorosen Handhabung von Pünktlichkeitskontrollen, in separaten Eingängen, im Stil und Ton der Anrede durch die Geschäftsleitung und die unmittelbaren Vorgesetzten - das "Du" war ausgeschlossen -, in der Bereitschaft dieser höhergestellten Angestellten zu gesellschaftlichem Kontakt u.ä. mehr. Auch dort, wo im Zuge der Entwicklung zum Großunternehmen der regelmäßige Kontakt auf einmal jährlich stattfindende Firmenfeste zusammengeschrumpft war, blieben Leitung und Angestellte bei solchen Anlässen grundsätzlich unter sich.

Die Erfahrung, daß es sich bei der von ihm ausgeübten Funktion um eine besondere, von Arbeitertätigkeiten strikt unterschiedene gesellschaftliche Rolle handelte, wurde bei dem Industrieangestellten durch seine Behandlung im System der innerbetrieblichen Sozialpolitik weiter verstärkt. Ähnlich wie seinem Standesgenossen im Handel stand ihm in der Regel ein zumeist informell gewährter Anspruch auf bezahlten Urlaub zu. Soweit Arbeiter überhaupt vor 1914 in dieses Privileg einbezogen wurden, gab es beträchtliche Unterschiede in der Länge und vor allem in den Voraussetzungen für die Urlaubsgewährung. Noch schärfer als abgestufte Urlaubsrechte markierten in einzelnen Fällen getrennte Freizeit- und Erholungsheime, Kasinos, die Ausstattung von Werkswohnungen, separate Pensions- und Hinterbliebenenkassen die Sonderstellung von Angestellten im Betrieb. Auch Prämiensysteme, die wie die Gewinnbeteiligung, darauf ausgerichtet waren, die besondere Verbindung der Empfänger mit dem Unternehmen und seinem geschäftlichem Erfolg zu unterstreichen, bildeten in deutschen Unternehmen der Vorkriegszeit ein typisches Angestelltenprivileg.

Blieb der neueingetretene Angestellte für lange Jahre in ein- und demselben Unternehmen, was tatsächlich - wie die Statistiken über die Betriebszugehörigkeit ausweisen - sehr viel häufiger als bei Arbeitern vorkam, konnte er auch mit wesentlich besseren Aufstiegschancen rechnen. Das Hauptprivileg der Industrie-Angestellten gegenüber den Arbeitern bestand bis 1914 jedoch in ihrer Arbeitsplatzsicherheit. So weit sich das ausmachen läßt, verzichteten die Unternehmensleitung auch in kurzfristigen Konjunkturtiefs darauf, einen ihrer Angestellten zu entlassen. Ein Praxis, die an die in Japan unter ähnlichen Bedingungen geübte Zurückhaltung gegenüber Angestellten von Großbetrieben erinnert.

Ich habe bislang von den Angestellten vor 1914 gesprochen. Dieser Begriff ist unter historischen Gesichtspunkten nicht ganz angemessen. In der zeitgenössischen Literatur wurden die

Angestellten nicht mit diesem modernen Begriff, sondern häufig als "**Privatbeamte**" angesprochen. In einzelnen Branchen - besonders im Bergbau - lebte diese Bezeichnung, man denke an die leitenden Angestellten als "Oberbeamten", bis nach 1945 fort. An dieser Selbst- und Fremdwahrnehmung eines größeren Teils der wilhelminischen Industrieangestellten machte sich bei Lederer und daran anknüpfend bei Kocka eine zentrale These fest. Ich will sie anknüpfend an das folgende Lederer-Zitat erläutern:

Emil Lederer schrieb 1911 über die Forderungen der Angestelltenverbände im Gegensatz zu den Arbeitergewerkschaften:

"Diese Grundtendenz kann man am besten als **konservativ** bezeichnen oder als **konservierend**: die Maßnahmen der Angestellten-Sozialpolitik haben alle den Zweck, ökonomisch eine **mittelständische, gesicherte** Lebenshaltung zu garantieren - stellen **Endziel** auf. ... Die Sozialpolitik der Angestellten erstrebt Sicherung. Sie ist eine Reaktionserscheinung auf die zerstörenden Wirkungen des Industriesystems hinsichtlich der Angestelltenschaft. Die Sozialpolitik soll eine gehobene Lebenshaltung der Angestelltenschaft garantieren; die Forderung auf Mindestgehalten, die Pensionsversicherung, Schutz der Erfindungen und was immer man an Angestelltenforderungen registrieren mag, trägt diesen Charakter. Zum Unterschied von den Forderungen der Arbeiterschaft, deren Erfüllung auch im Bewußtsein der Fordernden nur eine Etappe darstellt - eine Etappe nicht bloß für die radikalsten und aktivsten Teile. Die soziale Politik der Angestellten strebt auch im Bewußtsein der Angestellten selbst einem Beharrungszustande zu, der die Elemente der mittelständischen Lebensweise, der gesicherten, mittelständischen Existenz auf Basis einer unselbständigen Berufstätigkeit realisieren soll."

Soweit der Nationalökonom und wissenschaftlich Begründer der deutschen Angestelltensoziologie Emil Lederer.

Die Antwort darauf, warum die Forderungen der Angestellten diese eigentümliche Färbung erhielten, suchten Lederer, Kocka und mit ihnen viele andere nicht primär in einer Politik der Arbeitgeber, die die eine Gruppe gegen die andere ausspielten wollte, und nur bedingt in der Logik des technisch-industriellen Prozesses, sondern im gesellschaftlichen Kontext, in welchem sich die Gruppe der Angestellten resp. der Privatbeamten in Deutschland bis 1914 entfaltete. Dieses bei Lederer angedeutete Argument ist bei Kocka systematisch entfaltet. Die Erklärung dafür, daß Angestellte in Deutschland so relativ deutlich von der Arbeiterschaft abgesetzt

sind und sich selbst für etwas Besonderes halten, sieht er in der Existenz von **normativen Bezugsgruppen** in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs. Eine dieser Gruppen ist in dem gerade wiedergegebenen Lederer-Zitat angesprochen: es ist der sogenannte "alte Mittelstand" der Handwerker und Kaufleute. Eine andere sind die öffentlichen Beamten. Auf der Suche nach Leitvorstellungen und Orientierungen, wie man die Verwaltung eines Industrieunternehmens aufbauen und mit den dort Beschäftigten personalpolitisch umgehen sollte, verfielen deutsche Unternehmer darauf, sich am Leitbild des in Deutschland mit besonders hohem Prestige besetzten preußischen Beamten zu orientieren. Mit der preußisch-deutschen öffentlichen Bürokratie existierten ein Leitbild und eine Ordnungsvorstellung, die sich für den mit der Industrialisierung anstehenden Aufbau von großen Unternehmensverwaltungen anwenden ließen. Es war die Übertragung des Leitbildes der öffentlichen Verwaltung auf die Unternehmensverwaltung, so das Argument, die dazu beitrug, den Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten in Deutschland so tief zu markieren und bei den letzteren ein ausgeprägtes Sonderbewußtsein und darüber hinaus sehr hohe Sicherheitserwartungen zu erzeugen.

Auf dem Fundament des Privatbeamtenstatus und dem dazugehörigen beamtenähnlichen Selbstverständnis ruhte auch das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 - einem, wie es an einer Stelle einmal genannten worden ist - der einflußreichsten sozialpolitischen Gesetzeswerke, die in Deutschland verabschiedet worden sind. Mit diesem Gesetz, das die Altersversorgung der Angestellten der öffentlichen Beamten in vielen Punkten sehr ähnlich machte, erhielt der Angestelltenbegriff eine über berufliche und sonstige Unterschiede hinausgehende handfeste materielle Substanz. Wer fortan Angestellter war und wer nicht, wurde in der Einleitung zu diesem Gesetz in Gestalt einer Enumeration definiert. Diese Definition ging in die weitere Gesetzgebung ein, und sie klingt bis heute im Angestelltenbegriff und der Wahrnehmung dieser Gruppe hierzulande nach.

Wir befinden in diesem Augenblick am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Wir sehen eine Gruppe vor uns, die sich an ein hohes Maß an Arbeitsplatzsicherheit gewöhnt hat, durch ein bedeutendes, allerdings noch nicht wirksames Gesetz - es sollte von 1914 an gerechnet 10 Jahre dauern, bis die ersten Renten ausgezahlt wurden - von der Arbeiterschaft abgehoben ist, die sich gegenüber den Arbeitern fast durchweg in besonderen Verbänden organisiert, nicht selten in Gemeinschaft mit ihren Arbeitgebern und Brotherren. Das hat zunächst einmal den praktischen Sinn deutlich zu machen, daß

die Angestellten einerseits wenig von den Klassenkampfparolen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung halten. Bei den kaufmännischen Angestellten des Handels, die sich Kaufmannsgehilfen nennen, signalisiert es darüber hinaus das Berufsziel späterer Selbständigkeit. Der Kaufmannsgehilfe hofft, mehr noch als der Privatbeamte, im Laufe seines Arbeitslebens gewissermaßen die Klassenlage, das heißt aus einer abhängigen in eine selbständige Stellung überzuwechseln.

Dann bricht der Krieg aus - jäh und unvermittelt. Die Regierungen und ihre Generäle haben allerorten in ihren Schubladen zwar Pläne für den Ablauf der militärischen Mobilmachung, aber nichts, was der Tatsache angemessen Rechnung trägt, daß moderne Massenkriege in erster Linie Wirtschaftskriege darstellen. Ein organisatorisches Chaos ist die Folge, welches mit der Bezeichnung "Kriegsstoß" eher verharmlost wird. In diesem Moment endet für die wilhelminischen Privatbeamten und Handlungsgehilfen, für eine ganze Schicht, definitiv ein Zeitalter. Mitten in der allgemeinen Aufbruchsstimmung und nationalen Euphorie wissen sich die Unternehmen nicht anders zu helfen, als in großem Umfang Personal, darunter auch viele Angestellte, zu entlassen.

Seitdem, diese Eindruck vermitteln uns die zeitgenössischen Quellen, die damaligen Politiker und die Historiker, ging es in den folgenden Jahrzehnten mit den Angestellten und ihrem Sonderstatus - salopp gesprochen - immer weiter bergab.

Beginnend mit der anschwellenden Inflation, sie erreicht 1924 ihren katastrophalen Höhepunkt, einer wirtschaftlichen Erscheinung, die gerade die Empfänger fester Einkommen relativ benachteiligt, und fortgesetzt in einer andauernden Massenarbeitslosigkeit, die schon Mitte der zwanziger Jahre zehntausende, bald Hunderttausende Angestellte erfaßt und in der Großen Depression der anfangsdreißiger Jahre kulminiert.

Ausdruck der Veränderungen am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt wird das, was Emil Lederer als Zeitzzeuge 1920 in einem längeren Abhandlung als die **Vergewerkschaftung** der Angestelltenverbände beschreibt. Nach dem Ende des Kaiserreichs machen Arbeiter und Angestellte einen großen Schritt aufeinander zu. Doch dabei bleibt es nicht. Zehn Jahre später sieht Lederer den gleichen, ursprünglich von ihm mit großen Hoffnungen begleiteten Vorgang sehr viel skeptischer. Es habe sich, so einer seiner Schüler, Hans Speier, bei diesem Vorgang rückblickend gesehen doch eher um ein opportunistische Anpassungsmanöver an die neuen politischen Verhältnisse als um eine wirkliche Umkehr und Neuorientierung

gehandelt. Was Speier, Lederer und anderen bekannte, der Sozialdemokratie nahestehende Sozialwissenschaftler wie Carlo Mierendorff und Theodor Geiger so skeptisch stimmte, ist die von ihnen mit Erschrecken wahrgenommene besondere Affinität von Angestellten und aufsteigender nationalsozialistischer Bewegung. Nach den Septemberwahlen 1930 ist diese Affinität gewissermaßen in aller Munde. Selbst die KPD scheint sich keinen Illusionen mehr hinzugeben.

"In der Diskussion, die innerhalb unserer Partei über die Reichstagswahlen vom 14. September geführt worden ist," - heißt es dort - "wurde übereinstimmend festgestellt, daß Angestellte und Beamte einen großen Prozentsatz, wenn nicht sogar den größten der Wähler der NSDAP gebildet haben. Nicht nur das, man kann auch behaupten, daß die Angestellten in ihrer großen Mehrheit n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h g e w ä h l t haben... Zahlenmäßig läßt sich natürlich der Anteil der nationalsozialistischen Wähler unter den Angestellten nicht feststellen. Man kann aber sagen, daß bei dreieinhalb Millionen Angestellten, die es jetzt in Deutschland gibt, der Anteil der Naziwähler sich auf etwa zwei Millionen beläuft, was sicherlich nicht zu hoch gegriffen ist."<sup>2</sup>

Hat sich die Unterstützung der NSDAP für die Angestellten gelohnt, in dem Sinne, daß sich ihr bedrohter Status wieder festigte? Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Mit ihrer Unterstützung des Nationalsozialismus, so scheint es, lieferten sie sich selbst einer zynischen "List der Geschichte" aus. Unter dem politisch-publizistischen Dauerdruck der nationalsozialistischen Arbeitnehmer-Betreuungsorganisation, der Deutschen Arbeitsfront erfolgten Angleichungen im Sozialversicherungsrecht, bei der Lohnfortzahlung an Feiertagen, im Urlaubsrecht, bei den Krankenkassen usf. Die NS-Zeit sah die ersten gemeinsamen

---

<sup>2</sup> Zitat nach Bergner, Frage, S. 739; zu den bekannten zeitgenössischen Analysen, die wesentlich dazu beigetragen haben, das traditionelle Bild von der sozialen Basis der NSDAP zu formen, gehörten etwa. Werner Stephan, Zur Entwicklung der Parteien bei den Reichstagswahlen von 1930 bis 1932, wiederabgedruckt in: Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871 - 1933. Hg. v. Otto Büsch, Monika Wölk und Wolfgang Wölk, Berlin 1978, S. 236 - 60; H. Neisser, Sozialstatistische Analyse der Wahlergebnisse, in: Die Arbeit 7, 1930, S. 654 - 659; und vor allem auch Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. (1932). Stuttgart 1987, 2. Auflage, S. 109 ff.



Tarifverträge von Arbeitern und Angestellten. Auf betrieblicher Ebene bemühte sich die Arbeitsfront durch die koordinierte Lenkung ihrer Funktionäre in den sogenannten Vertrauensräten, jenen Gremien also, die an die Stelle der Betriebsräte getreten waren, darum, daß möglichst viele der zahlreichen tradierten, in den Unternehmen verankerten Sonderrechte beseitigt wurden. Das gelang zwar bei weitem nicht vollständig, aber große Fortschritte in dieser Richtung sind klar zu erkennen.

Was mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begonnen, sich über Inflation und Wirtschaftskrise fortgesetzt, von den Nationalsozialisten wider Erwarten beschleunigt gesetzt worden war, fand mit der Einheitsgewerkschaft nach 1945 und der Rentengesetzgebung von 1957, die Arbeiter und Angestellte weitgehend aneinander anglich im wesentlichen seinen Abschluß: die Gruppe der Angestellten verlor ihre besonderen, sie von der Arbeiterschaft klar abhebenden Konturen. Sie hörte zumindest als gesamtgesellschaftliche Gruppe auf zu existieren. Auch das Wahlverhalten von Arbeitern und Angestellten glich sich, wie die Wahlanalysen erkennen lassen, immer stärker dem der Arbeiter an. Ein Stück deutscher Sonderweg, eines der Elemente der Sozialstruktur, durch die sich die deutsche Gesellschaft von anderen vergleichbar weit entwickelten Industriegesellschaften lange Zeit unterschieden hatte, gehörte um die Wende der 1960er Jahren weitgehend der Vergangenheit an.

\*

Es gab immer wieder einzelne Einwände gegen diese - von verschiedenen Autoren entwickelte und hier zugegebenermaßen nur mit groben Strichen wiedergegebene - Interpretation. Eine Tradition hatten solche Einwände bei Autoren, die sich mit marxistischen Positionen identifizierten. Dahinter stand aber oft unmittelbar eher der Wunsch, daß es anders sein möge als solide Forschungen. Gegen Ende der siebziger Jahre verdichteten sich die Einwände, und zwar von verschiedener Seiten her.

Der Münchener Wirtschaftshistoriker Reinhard Spree vertrat in einem Artikel 1980 unter Rückgriff auf eine damals gerade fertiggestellte amerikanische Studie, die sich mit dem Konsumverhalten der Weimarer Angestellten beschäftigte, die These, die Weimarer Angestellten sei viel **moderner** gewesen, als es etwa die von Kocka und Lederer entfaltete Argumentation wahrhaben wolle. Sie hätten sich nicht so sehr an ständischen als an modernen Leitbildern orientiert. Ihr politischer Protest gegen Weimar habe nicht der Sicherung ihres Sonderstatus gegolten, sondern den Einkommens-

einbußen während der Krise, die ihnen den Zugang zur modernen Konsumwelt versperrt hätten. Spree knüpfte dabei auch die Reportagen Siegfried Kracauers über die Angestelltenwelt an, die in den 20er Jahren als Fortsetzung in der Frankfurter Zeitung erschienen und nach 1945 in einem vielverkauften Suhrkamp-Taschenbuch zusammengefaßt worden waren.

Kritisch zur Kocka/Lederer-These, mit anderen Akzenten aber auch als Spree, versah die 1975 erschienene Studie von Ulf Kadritzke die Geschichte der Weimarer Angestellten. Aus historischer Perspektive betrachtet, kann man die Arbeit vor allem als Plädoyer für eine Differenzierung lesen. Im Hinblick auf die Basis der NSDAP im sogenannten "neuen Mittelstand" schlug er vor, zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten, jungen und alten, arbeitslosen und nicht arbeitslosen, in Klein- und Großbetrieben bzw. in Handel und Industrie beschäftigten Angestellten zu unterscheiden. Diese Unterscheidungen ergaben sich aus einem theoretischen Ansatz, der der Erfahrung am Arbeitsplatz große Bedeutung beimaß. Hinter der These von der Überrepräsentation der Angestellten in der Basis des aufsteigenden Nationalsozialismus stand damit gewissermaßen ein erster kleines Fragezeichen.

Mit sehr viel Getöse betrat im Jahre 1980 ein weiterer Forscher, der kanadische Soziologe Richard Hamilton die Bühne. Er leitete ein Forschungsunternehmen zur Wählerbasis der NSDAP mit dem pauschalen Vorwurf an den Rest der Forschung ein, den Zeitgenossen auf den Leim gegangen zu sein und entgegenstehende Belege nicht zur Kenntnis genommen zu haben.

Mit einigen Thesen Hamiltons ließ sich argumentativ schnell fertig werden. Um an Belege zu kommen, hatte Hamilton selbst Zitate so weit zurecht gestutzt, daß sie in seine Beweisführung paßten. Was Kracauers Beobachtungen anging, ließ sich einwenden, daß dieser nur die großstädtischen Angestellten, genaugenommen sogar nur die Berliner Angestellten, vor Augen hatte, aber eben nicht die große Masse der Angestellten, von denen viele in Klein- und Mittelstädten lebten und in Klein- und Mittelbetrieben arbeiteten. Was die Thesen von Ulf Kadritzke anging, so waren sie methodisch sehr anregend, von der Sache aber nicht unvereinbar mit den Thesen der traditionellen Forschung.

Das Pendel in Richtung auf eine Revision erhielt den entscheidenden Anstoß von einem großen Wahlforschungsprojekt, das der damals in Berlin arbeitenden Politikwissenschaftler Jürgen Falter über rd. 10 Jahre organisierte. Im Unterschied zu den meisten Historikern beherrschte Jürgen Falter souverän die statistischen

Techniken der modernen Wahlanalyse. Nach seinen Ergebnissen kann man mit dem verfügbaren Material nicht mehr von einer Überrepräsentation der Angestellten in der Wählerbasis der NSDAP ausgehen. Diese Befunde wurden durch parallele Untersuchungen des deutsch-kanadischen Historikers Michael Kater zur Mitgliedschaft der NSDAP weitgehend bestätigt.

Dies bedeutete eine völlig neue Optik auf die Geschichte der Angestellten, denn schließlich hatte ein großer Teil der verzweigten und seit Kockas 1969 erschienenen Siemens-Studie immer dichter gewordenen deutschen historischen Forschung auf dieses Faktum, nämlich die ganze andere politische Einstellung der Angestellten gegen dem Nationalsozialismus im Vergleich zu den Arbeitern zugeschrieben.

Ein seltener Glücksfall, nämlich eine gute Gesundheit und ein erstaunlich scharf gebliebenes Gedächtnis bis ins achte Lebensjahrzehnt, boten in dieser Situation die Möglichkeit, einen der Weimarer Zeitgenossen, auf die sich die historische Forschung nach 1945 in ihren Urteilen berufen hatte, den Lederer-Schüler, Hans Speier, selbst Verfasser der bedeutendsten soziologischen Studie zu den Weimarer Angestellten, noch einmal zu Wort kommen zu lassen. Ich selbst habe dieses Gesprächs mit ihm vor vier Jahren, Hans Speier verstarb inzwischen, an seinem Urlaubsort in den Alpen führen können. Zum Zeitpunkt, als ich mit ihm sprach, hatte ich mich selbst ziemlich genau 15 Jahre lang mit den Weimarer Angestellten befaßt. Ich fuhr, wie sie sich leicht vorstellen können, mit hohen Erwartungen zu dieser Begegnung. Was bis dahin ein abstrakter historischer Gegenstand unter anderen gewesen war, erhielt nun Gesicht und Gestalt. Die drei Tage intensiver Gespräche haben mich in diesem Punkt nicht enttäuscht. Hans Speier verfügte über ein eindrucksvoll scharfe Erinnerung und reproduzierte sein Wissen derart genau und anschaulich, daß vor dem Panaroma der Dolomiten in manchen Augenblicken Ausschnitte später Weimarer Geschichte lebendig zu werden schienen. Er plädierte, Ulf Kadritzke nicht unähnlich, dafür, sorgfältig zwischen verschiedenen Angestelltengruppen zu differenzieren, warnte aber gleichzeitig davor, die außerordentliche Schärfe und Tiefe des Arbeiter-Angestellten-Unterschiedes in Weimar als einer deutschen Besonderheit zu unterschätzen. Speier war 1933 in die USA emigriert und wußte insofern aus eigener Anschauung sehr genau, wovon er sprach. Die Thesen und Ergebnisse Jürgen Falter und Richard Hamiltons überzeugten ihn nicht. Er führte aus seiner direkten Erinnerung eine Reihe von Belegen an, die ein anderes Ergebnis - nämlich eine Überrepräsentation der Angestellten in der Wählerbasis der NSDAP - wahrscheinlich machen sollten.

Der bleibende Eindruck von diesem Gespräch, was die sachliche Seite angeht, läßt sich dennoch am besten als Ernüchterung beschreiben. Ich war in einer Situation, die sich meisten Historiker wünschen würden. Ich konnte eine Person, die dabei gewesen war und die Entwicklung mit hellem Bewußtsein und kritischem Verstand nicht als Politiker, sondern als Sozialwissenschaftler begleitet hatte, noch einmal befragen. Auf der anderen Seite wurde mir klar, je länger wir sprachen, daß es eine Illusion ist zu glauben, Zeitgenossen, und seien sie noch so gut informiert, könnten in Fragen historischer Interpretation eine Art Oberschiedsrichtersfunktion einnehmen. Zum Zeitpunkt, als ich mit Hans Speier sprach, wußte ich selbst sehr viel mehr von den Weimarer Angestellten, als er jemals gewußt hatte. Ich hatte mehr zeitgenössische Literatur ausgewertet, viel mehr Periodika gelesen als er, und ich betrachtete, so schien mir, diese turbulente und mit Speiers Lebensweg auf so dramatische Weise verknüpfte Epoche deutscher Geschichte letztlich aus größerer Distanz und innerer Unabhängigkeit als er. Hans Speier gehört zweifellos bedeutendsten Sozialwissenschaftlern der Zwischenkriegszeit. In den späten Weimarer Jahren aber war er auch ein politisches Individuum, ein zorniger junger Mann, der der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften nahe stand. Das prägte und begrenzte seinen damaligen Erfahrungsraum.

Ich sah mich nach diesem Gespräch vor der schwierigen Aufgabe mir angesichts sich widersprechender, jeweils mit großer Entschiedenheit vorgetragener Evidenz, die allesamt das Ergebnis sorgfältiger und solider Forschung war, ein eigenes Urteil zu bilden. Den Weg dahin habe ich mit einem Gedankenexperiment beschritten. Gesetzt den Fall, die Angestellten wären entgegen dem, was man seit 50 Jahren annahm, tatsächlich nicht in der Basis der NSDAP überrepräsentiert gewesen, dann müßte es zu diesem Befund Entsprechungen in Struktur und Lage der Gruppe geben. Vollends geschwächt wäre die alte These dann, wenn es gelänge, die Wahrnehmung der Zeitgenossen als einseitig und gefärbt zu charakterisieren. Dazu war es nötig zu fragen, worauf denn ihre Wahrnehmung von der so viel stärkeren Überrepräsentation der Angestellten in der NSDAP beruhte.

Was die Struktur der Gruppe angeht, so erlauben die bisher vorliegenden Untersuchungen über den betrieblichen Status von Angestellten vor dem Ersten Weltkrieg durchaus etwas anders akzentuierte Schlüsse. Schon bei Kocka ist beispielsweise erkennbar, daß der Privatbeamtenstatus bei Siemens seit 1890 in der Auflösung begriffen war. Die auf dem Weg zum Großbetrieb nachströmenden,

weniger qualifizierten Angestellten erhielten oft nur noch einen Teil der alten Privilegien. Bezieht man andere Unternehmen mit ein, wird dieses Bild bestätigt. Fast alle großen deutschen Industrieunternehmen vor dem Ersten Weltkrieg reservierten den Privatbeamtenstatus und die an ihm hängenden Rechte für einen immer kleiner werdenden Teil der kaufmännischen und technischen Belegschaft. Das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 war so gesehen nicht unbedingt der Ausdruck der Verteidigung bedrohter Rechte, sondern im Gegenteil ein großer Erfolg für eine Beschäftigtengruppe, die über solch eine Sonderstellung noch nie verfügt hatte.

Unbestreitbar verschlechterten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in den 20er Jahren gegenüber der Vorkriegszeit. Die vielen Sondergesetze dieser Jahre - zum Beispiel das Kündigungsschutzgesetz von 1926 - bauten den Arbeiter-Angestellten-Unterschied jedoch auch aus und stabilisierten ihn. Die These einer einseitigen Leidens- und Proletarisierungsgeschichte trägt diesen Erfolgen nicht Rechnung. Möglicherweise denkt die ältere Proletarisierungsthese zu sehr von institutionellen Statusstrukturen her und berücksichtigt zu wenig, die dynamischen Veränderungen durch das Einströmen neuer Gruppen in die rasch wachsende Angestelltenschaft.

Die Erfolgsthese, wie ich sie einmal nennen möchte, gewinnt aus einer anderen Perspektive zusätzliche Plausibilität. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich nämlich, daß alle diese Sondergesetze für die Angestellten gegen den Widerstand großer Teile der Arbeitgeberschaft durchgesetzt wurden. Die These vom Interesse an einer Divide-et-impera-Politik als wesentliches soziales Motiv hinter der Sondergesetzgebung ist eindeutig falsch. Das Einfallstor für die Interessenpolitik der Angestellten waren die parteipolitischen Interessen der Liberalen - der in anderem Zusammenhang besser bekannte Gustav Stresemann war hier in den entscheidenden 20 Jahren zwischen 1910 und 1930, in denen die sozialpolitische Sonderstellung der Angestellten verankert wurde, eine strategische Person. Stresemann versprach sich dafür Wählerstimmen - ohne mangels genauerer Untersuchung wissen zu können, ob er sie tatsächlich bekam. Unsere heutigen Wissensprobleme stellten sich für die damals Handelnden in verschärfter Form. Möglicherweise wäre es nie zum Ausbau des Sonderstatus gekommen, wenn Jürgen Falter ein Zeitgenosse Gustav Stresemanns gewesen wäre.

Woher aber kam das Bild der Angestellten als einer bürgerlichen Schicht mit liberalen und nationalen Affinitäten? Nun, die Antwort darauf ist mit den Händen zu greifen, von den bürgerlichen

Angestelltenverbänden selbst; allen voran dem größten unter ihnen, dem in Hamburg angesiedelten Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband DHV, einem der erfolgreichsten Lobbyistenorganisationen der deutschen Gesellschaft im ersten Drittel dieses Jahrhunderts. Diese Einsicht legt nahe, den aktiven Anteil der Angestellten am Ausbau des Sonderstatus viel höher zu veranschlagen, als es die traditionelle Forschung tat.

Letzter hier zu beleuchtender Punkt: die Angestellten im Urteil der Arbeiterbewegung bzw. der ihr nahestehenden Sozialwissenschaftler. Ich beginne mit einem Zitat: Die Angestellten sind, heißt es da, "die Abonnenten der spezifisch imperialistischen Organe, die Anhänger der Rassentheorie, die bei ihnen auch manchmal Konkurrenzerscheinung ist, die Leser der Kriegsromane, die Bewunderer der Kolonialhelden, die Agitatoren und das Stimmvieh des Finanzkapitals". Hier sind alle Topoi zusammen, wie wir sie um 1930 bei Geiger, Speier, Lederer und vielen anderen finden - nur mit dem Unterschied, daß dieses Zitat von Rudolf Hilferding aus dem Jahre 1909 stammt.<sup>3</sup> Hier wird also erkennbar, daß die Zuordnung der Angestellten zu rechtsradikalen Positionen im Umkreis der Vorkriegssozialdemokratie offenbar eine Tradition hatte, die sich - dies sei erläuternd hinzugefügt - ganz offenkundig an der lärmenden Erscheinung des antisozialistischen und antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes festmachte. Doch bei allem Lärm - der DHV vertrat zum Zeitpunkt, als Hilferding diese Sätze niederschrieb, gerade einmal 15 Prozent aller organisierten Angestellten. Liegt nicht die Vermutung nahe, daß der Arbeiter-Angestellten-Unterschied weniger aus der Angestelltenperspektive als aus der der Arbeiter bzw. der Sozialdemokratie politisch überformt war? Ist er in seiner von der traditionellen Forschung unterstellten Schärfe nicht doch zu einem hohen Teil das Produkt von Konstruktion hier und Projektion dort?

Warum aber prägte sich das Ressentiment gegenüber den Angestellten in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung so tief aus? Die gewaltige publizistische Tätigkeit des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes mit seinen Verlagen, seiner Hausbücherei, seinem weit überproportionalen parlamentarischen Einfluß und seine hemmungslose, gegenüber der Arbeiterschaft oft

---

<sup>3</sup> Zit. nach R. Hilferding, Das Finanzkapital, Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Ffm 1968 (1909)S. 478.

ehrverletzende Demagogie sind sicher eine wichtige Erklärung. **Andererseits:** ließen sich die Sonderrechte der Angestellten - insbesondere der Kündigungsschutz und die besondere Altersversorgung nicht auch ganz anders interpretieren, nämlich als Schrittmacher allgemeiner Arbeitnehmersozialpolitik, als Bresche für die Arbeiter? Eine solche Interpretation lag um so näher, wenn man die Angestellten politisch gewinnen wollte. Doch die Arbeiterbewegung hat sich zu einer solchen Position bis in die frühe Bundesrepublik hinein nicht durchringen können. Warum nicht? Der Vergleich mit Österreich führt hier weiter. Dort war die Sozialdemokratie gegenüber den Angestellten entsprechend flexibel und hatte damit in begrenztem Umfang auch Erfolg. Was hinderte die deutschen Arbeiter und ihre Bewegung an einer solchen Politik?

Nun, die österreichischen Angestellten spielten jene Vorreiterrolle für die allgemeine Sozialpolitik wesentlich eindeutiger als die deutschen. Das österreichische Pensionsgesetz, am dem sich das deutsche übrigens orientierte, wurde lange vor einer entsprechenden Regelung für die Arbeiter verabschiedet. In Deutschland war es umgekehrt. Die Angestellten steckten bereits zusammen mit den Arbeitern in der von Bismarck erlassenen Invalidenversicherung, als sie 1911 durch ein besonderes Gesetz hervorgehoben wurden. Sie wurden mithin aus einer bestehenden Struktur herausgeschnitten. Das gilt auch etwa für das wichtige Betriebsrätegesetz von 1920, das revolutionäre Arbeiter erkämpft hatten und aus dem die Angestellten **nachträglich** herausgenommen wurden.

Wie tief das Ressentiment gegenüber den Angestellten bei den Arbeitern und ihren Gewerkschaften war, mag ein Zwischenfall auf dem Höhepunkt der schweren Wirtschaftskrise 1932 veranschaulichen. Auf dem großen Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften vertrat der damalige führende Arbeitsrechtler Clemens Noerpel in einer vielbeachteten Rede die These, daß von den Sonderrechten der Angestellten nicht viel übrig geblieben sei und sich die Gruppe deshalb doch entschließen möchte, die noch verbliebenen Schutzrechte preiszugeben, um sich mit den Arbeitern zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen. Die politische Torheit dieses Arguments zu diesem Zeitpunkt ist wohl kaum zu überschätzen. Es deutet auf bemerkenswerte Zusammenhänge hin, daß Noerpel zu den ersten und insgesamt wenigen Funktionären der freien Gewerkschaften gehörte, der 1933 zu den Nationalsozialisten überlief und in der NS-Zeit jenem Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront angehörte, das sich so entschieden für eine Einebnung des Arbeiter-Angestellten-Unterschiedes einsetzte.

Ich komme zum Schluß.

\*

Die Sozialgeschichtsschreibung befindet sich gegenüber einem ihrem historischen Gegenstände, dem Arbeiter-Angestellten-Unterschied, Anfang der neunziger Jahre auf einem Stand, der viel weniger bündige Urteile zuläßt, als, sagen wir noch, vor zehn Jahren. Natürlich werden viele der skizzierten Befunde über die Unterschiede zwischen beiden Gruppen auch weiterhin Bestand haben. Daß dieser Unterschied, ganz allgemein gesprochen, hierzulande tiefer war als fast überall sonst, daß der zeitweise gesamtgesellschaftlich durchgezogen war, während er anderswo wesentlich flüssiger war und oft erst im nachhinein analytisch rekonstruierbar ist, dies alles ist gesichertes Wissen. Doch vieles andere scheint offen und wieder untersuchungswürdig. Anders als die traditionelle Forschung wird man davon ausgehen müssen, daß die Arbeiterschaft und die ihr nahestehenden Intellektuellen einen wesentlich höheren Anteil an der gesellschaftlichen und politischen Konstruktion des Arbeiter-Angestellten-Unterschiedes hatten, als man bislang angenommen hat. Aus dieser Feststellung ist jedoch nicht zu schließen, daß dieses Urteil, das in hohem Maße offenbar ein Vor- und Fehlurteil gewesen sein könnte, nichts geschichtsmächtig war.

Die Entschiedenheit, mit der ein Hans Böckler und andere Arbeiterfunktionäre nach 1945 gegen eine sehr gut mögliche besondere Angestelltensäule im DGB eintraten, hatte nicht zuletzt mit ihrem tiefen Mißtrauen gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Ambitionen d e r Angestellten zu tun. Dies hat der Struktur der Gewerkschaften bis heute ihren Stempel aufgeprägt. Ob dies rückblickend betrachtet eine kluge, vorausschauende Entscheidung war, ob die Gewerkschaften auf andere Weise heute eher in der Lage wären, einigen fortbestehenden, in Besonderheiten des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors verankerten Unterschieden zwischen Arbeitern und Angestellten Rechnung zu tragen, vermag ich nicht zu sagen. Doch eine kritisch, auch gegenüber der Arbeiterschaft und ihrer Bewegung, geprüfte Vergangenheit legt es nahe, diese Frage zu stellen. Beantwortet werden, allerdings, muß sie von anderen als Sozialhistorikern.